

Niederschrift zur Sitzung des Rates der Schloss-Stadt Hückeswagen



Sitzungstermin: 05.04.2022
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:15 Uhr
Ort: im Gemeindezentrum Lindenberg,
Lindenbergstraße 10

An der Sitzung nahmen teil:

Bürgermeister

Persian, Dietmar,
Bürgermeister

Mitglieder

Alsdorf, Nicklas
Bannuscher, Ingo
Becker, Jürgen
Gembler, Regine
Gräbner, Leon
Haanen, Helene-Charlotte
Hecker, Oliver
Heider, Norbert
Junginger, Oliver
Korczak, Thomas
Lietza, Markus
Löhe, David
Malecha, Friedhelm
Mallwitz, Stefan
Meine, Martin
Moritz, Frank
Päper, Cornelia
Pohl, Andreas
Sabelek, Egbert
Schmeisser, Lars
Schulz-Andres, Heiko
Stöver, Annette
Theis, Jürgen
Thiel, Brigitte
Ullrich, Pascal
von der Neyen, Marc
von Polheim, Jörg
Wachs, Tobias
Wedekind, Felix
Werth, Christian
Werth, Constanze-Julia
Wroblowski, Karin
Wurth, Andreas

von der Verwaltung

Kemper, Torsten
Klewinghaus, Dieter
Schröder, Andreas
Stehl, Alexander

Es fehlten:

Mitglieder

Coenen, Margareta
Ederer, Jan-Martin
Fink, Heike
Finster, Shirley
Geßner, Utz
Mühlinghaus, Heike
Reichwein, Markus
Rüter, Manfred
Winkelmann, Andreas

von der Verwaltung

Bever, Isabel
Zöller, Monika

Bürgermeister Persian begrüßt die Teilnehmer der Sitzung, die Besucher sowie die Vertreterin der Presse.

Der form- und fristgerechte Eingang der Einladungen wird festgestellt.

Herr Persian teilt mit, dass die Verwaltung den TOP 6 (Vergabe Friedhofswege) zurückzieht. Aufgrund der zu erwartenden deutlichen finanziellen Belastungen der Haushaltswirtschaft soll die Sanierung der Wege für dieses Jahr ausgesetzt werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erläutert Herr Persian, dass sich die Situation in der Welt durch den Krieg in der Ukraine seit der letzten Sitzung drastisch verändert hat. Er bittet die Anwesenden um eine Schweigeminute im Gedenken an die Opfer des Krieges.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----|---|-------------------------|
| 1 | Fragestunde für Einwohner | |
| 2 | Beschlusskontrolle | RB/4411/2022 |
| 3 | Kenntnisnahme über- und außerplanmäßige
Aufwendungen und Auszahlungen | FB I/4410/2022 |
| 4 | Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60
Absatz 1 Satz 2 GO NW | FB I/4412/2022 |
| 5 | Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten aus der
Ukraine | FB II/4404/2022 |
| 6 | Freigabe Ausschreibung "Wegebau Friedhof 2022" | FB III/4406/2022 |
| 7 | Freigabe Ausschreibung "Straßen- und Gehwegsanierung
2022" | FB III/4408/2022 |
| 8 | Freigabe Ausschreibung "Barrierefreier Umbau
Bushaltestellen" | FB III/4409/2022 |
| 9 | Ordnungsbehördliche Verordnung über die
Brauchtumsfeuer in der Schloss-Stadt Hückeswagen
(BrauchtF VO) | FB III/4395/2022 |
| 10 | Antrag der AfD-Fraktion vom 28.02.2022: Bildung eines
Arbeitskreises Wiehagen | RB/4398/2022 |
| 11 | Antrag der AfD-Fraktion vom 05.03.2022: Bildung eines
Arbeitskreises zur Bildung einer Städtepartnerschaft in der
Ukraine | RB/4399/2022 |
| 12 | Antrag der CDU-Fraktion vom 11.03.2022: Teilhabe
stärken - Assistenzhunde | RB/4402/2022 |
| 13 | Mitteilungen und Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|---|---------------------------|--|
| 1 | Mitteilungen und Anfragen | |
|---|---------------------------|--|

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Fragestunde für Einwohner

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

zu 2 Beschlusskontrolle

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis.

zu 3 Kenntnisnahme über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Herr Ullrich erkundigt sich, ob die Beschaffungen im Feuerwehrbereich erfolgt sind. Herr Schröder bejaht dies.

Beschluss:

Der Rat nimmt die durch die Kämmerin bzw. ihren Vertreter gem. § 83 Abs. 1 GO NW in Verbindung mit § 8 der Haushaltssatzung genehmigten Haushaltsüberschreitungen zur Kenntnis.

zu 4 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NW

Beschluss:

Der Rat genehmigt die dringliche Entscheidung vom 22.03.2022 zur außerplanmäßigen Mittelbereitstellung wie dargestellt in Höhe von 27.500 € bei PSP-Element 1.21.02.01.50 „Montanus Hauptschule Digitalpakt“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 5 Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine

Die Worte von Bürgermeister Dietmar Persian zur Ukraine-Krise sind in der Anlage beigefügt.

Herr Stahl berichtet über die aktuelle Situation in Hückeswagen. Derzeit befinden sich rund 100 Personen aus der Ukraine in Hückeswagen. 80 davon sind bei der Stadt für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz registriert.

Im ehemaligen Bêché-Gebäude in der Peterstraße sind derzeit 53 Personen untergebracht. Von den angekommenen Personen sind 35 Kinder und

Jugendliche. 23 davon im schulpflichtigen Alter, der Rest jünger. Grundsätzlich sind überwiegend Mütter mit Kindern in Hückeswagen angekommen, es sind aber auch ganze Familien und Einzelpersonen registriert worden.

Aktuell erhält die Stadt wöchentliche Zuweisungen aus den Landesunterkünften. Die Personen erhalten Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Krankenhilfe über Krankenscheine.

Zusätzlich zu dem Bêché-Gebäude wurden Unterkunftsmöglichkeiten im Hotel zur Post sowie im ehemaligen Wohnwerk vorgesehen. Insgesamt können in den drei Gebäuden rund 170 Personen untergebracht werden.

Die angekommenen Personen werden beim Bürgerbüro erfasst, müssen aber auch noch zum Oberbergischen Kreis nach Gummersbach zur Ausländerbehörde für die dortige Erfassung.

Herr Stehl bedankt sich bei dem Team des Fachbereich II und den vielen ehrenamtlichen Helfern für die Unterstützung bei der Betreuung der Geflüchteten. Es werden Aktionen für die Menschen aus der Ukraine geplant, so soll beispielsweise am 11.04. ab 16:00 Uhr ein Kennlernangebot in der Peterstraße mit Vereinen, Kirchengemeinden und dem Jugendzentrum stattfinden.

Herr Persian verweist auf die finanziellen Belastungen durch die Auszahlung der Mittel. Die Stadt muss grundsätzlich in Vorleistung treten, eine Erstattung erfolgt nach den FlüAG für registrierte Personen. Dagegen wird bisher für die Vorhaltung von Wohnraum keine Erstattung durch Land und Bund geleistet. Hier soll es aber weitere Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern geben. Aktuell sind die in Hückeswagen eingeplanten Mitteln noch auskömmlich, es ist aber zu erwarten, dass zur nächsten Ratssitzung eine Budgeterweiterung vorgelegt werden muss.

Im nächsten Sozialausschuss wird es einen ausführlichen Bericht zur Situation geben.

Im Anschluss berichtet Herr Klewinghaus über die Besichtigung der Gebäude. An diesem Tag wurde eine Begehung mit der Bauaufsicht des Oberbergischen Kreises in den drei Gebäuden (Bêché, Wohnwerk, Hotel zur Post) durchgeführt. Die Gebäude sind grundsätzlich für die Unterbringung der Geflüchteten geeignet. Teilweise sind kleinere Umbauarbeiten notwendig. Das Gebäudemanagement besichtigt darüber hinaus auch angebotene Privatwohnungen. Hier ist die Situation sehr unterschiedlich. Fünf Wohnungen sind bisher direkt beziehbar, in den anderen sind in unterschiedlichem Maße vorbereitende Arbeiten erforderlich. Darüber hinaus wird auch geprüft, ob die Wohnungen für die aufzunehmenden Personen geeignet sind und preislich im zumutbaren Rahmen liegen.

Herr Sabelek erkundigt sich nach der Verpflegung in der Peterstraße. Herr Stehl berichtet, dass die Bewohner in den vorhandenen Küchen selber kochen. Die Absprachen untereinander funktionieren dort gut.

Frau Gembler fragt an, warum die Geflüchteten zur Registrierung nach Gummersbach müssen. Herr Stehl erläutert, dass dies eine rechtliche Vorgabe sei. Es gebe nur ein zugelassenes Registrierungsgerät beim Kreis. Der Kreis sei aber in der Planung für mobile Registrierungsteams und auch der Bürgerbus kann ggf. Fahrten nach Gummersbach anbieten. Grundsätzlich soll eine Begleitung durch ehrenamtliche Kräfte erfolgen.

Frau Wroblowski erkundigt sich nach der Integration der schulpflichtigen Kinder. Herr Stehl verweist auf mehrere Merkblätter, die zur Schulanmeldung und zu den Kindergärten in russischer Sprache zur Verfügung gestellt wurden. Die Eltern melden sich bereits in den Schulen, das Verfahren läuft gut. In der Peterstraße wurde ein Spielzimmer für die Kinder eingerichtet, das gut angenommen wird.

Herr Becker unterstreicht, dass die Geflüchteten weiterhin viel Unterstützung benötigen und ruft die Bevölkerung dazu auf, nach Kräften zu helfen. Herr Persian weist auf einen Termin am Mittwoch um 16:00 Uhr im Bêché-Gebäude in der Peterstraße hin, bei dem Unterstützung zur Einrichtung der weiteren Räume benötigt wird. Hilfsangebote können auch an die E-Mail-Adresse helfen@hueckeswagen.de gesendet werden.

Der Stadtrat fasst gemeinsam den folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Rat der Schloss-Stadt Hückeswagen betont die Solidarität mit den Menschen aus der Ukraine, die vor Krieg und Gewalt geflohen sind. Alle Flüchtlinge, die nach Hückeswagen gekommen sind und noch kommen werden, sind hier willkommen.

Der Rat unterstützt besonders das ehrenamtliche Engagement in der Stadt zur Unterstützung der Geflüchteten und dankt allen, die sich für die Menschen in Not einsetzen. Er ruft die Bevölkerung dazu auf, die in Hückeswagen aufgenommen Menschen freundlich zu empfangen und – wo möglich – weitere Hilfeleistungen anzubieten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 6 Freigabe Ausschreibung "Wegebau Friedhof 2022"

Der TOP wurde zurückgezogen.

zu 7 Freigabe Ausschreibung "Straßen- und Gehwegsanierung 2022"

Herr Ullrich fragt an, ob die Baumaßnahmen in der Kölner Straße auch zu den Sanierungen zählen. Herr Persian stellt fest, dass es sich hier um eine Baumaßnahme der HEG handelt und verweist auf Erläuterungen unter Mitteilungen und Anfragen.

Beschluss:

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, die öffentliche Ausschreibung zur Durchführung der geplanten Maßnahmen zu initiieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 8 Freigabe Ausschreibung "Barrierefreier Umbau Bushaltestellen"

Beschluss:

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, mit Erhalt des Zuwendungsbescheides die öffentliche Ausschreibung zum barrierefreien Umbau der Bushaltestellen (Maßnahmenpaket 1) durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Ordnungsbehördliche Verordnung über die Brauchtumsfeier in der Schloss-Stadt Hückeswagen (BrauchtF VO)

Herr Schröder verweist darauf, dass die Verordnung zeitlich befristet werden musste. Daher ist ein neuer Beschluss erforderlich. Inhaltlich ist die Verordnung unverändert, das Verfahren hat sich bewährt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hückeswagen beschließt die von der Verwaltung erarbeitete ordnungsbehördliche Verordnung über die Brauchtumsfeier in der Stadt Hückeswagen (BrauchtFVO).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 10 Antrag der AfD-Fraktion vom 28.02.2022: Bildung eines Arbeitskreises Wiehagen

Herr Lietza erläutert die Geschichte des Stadtteils und möchte, dass Wiehagen durch den Arbeitskreis mehr in den Vordergrund gerückt wird.

Frau Thiel erwidert, dass die FaB den Antrag anlehnen wird. Sie betont, dass sich der Rat mit dem Stadtteil beschäftigt und viele Ideen initiiere. Sie möchte als Bürgerin von Wiehagen die Aussage des „schlechten Images des Stadtteils“ im Antrag der AfD entschieden zurückweisen und betont, dass sich viele Bewohnerinnen und Bewohner um ihren Stadtteil kümmern.

Beschluss:

Der Rat beschließt über den Antrag der AfD-Fraktion, der den folgenden

Wortlaut hat:

Der Stadtrat spricht sich für die Bildung eines Arbeitskreises Wiehagen aus, um den Stadtteil für die Anwohner (Bürger) attraktiver zu gestalten, die Jugend im Stadtteil vor Ort zu fördern und abzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 2 Ja-Stimmen und 32 Nein-Stimmen abgelehnt.

zu 11 Antrag der AfD-Fraktion vom 05.03.2022: Bildung eines Arbeitskreises zur Bildung einer Städtepartnerschaft in der Ukraine

Herr Lietza berichtet über die geschichtliche Entwicklung der Ukraine und sieht die Städtepartnerschaft als Zeichen der Solidarität mit der Bevölkerung. Er verweist auf ähnliche Anträge in anderen Räten.

Herr von Polheim lehnt den Antrag als nicht praktikabel ab. Eine Städtepartnerschaft lebe vom Austausch, der in der jetzigen Situation nicht möglich ist. Die Bevölkerung in der Ukraine leide unter dem Krieg und benötige unsere Unterstützung und keine warmen Worte.

Beschluss:

Der Rat beschließt über den Antrag der AfD-Fraktion, der den folgenden Wortlaut hat:

Der Stadtrat beschließt, dass eine Arbeitsgruppe gegründet wird, die die Aufgabe bekommt, eine Städtepartnerschaft mit einer Ukrainischen Stadt auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Bei 2 Ja-Stimmen und 32 Nein-Stimmen abgelehnt.

zu 12 Antrag der CDU-Fraktion vom 11.03.2022: Teilhabe stärken - Assistenzhunde

Herr Ullrich erläutert, dass der Begriff des „Assistenzhundes“ durch das neue Behindertengleichstellungsgesetz legal definiert wurde. Deswegen sollten diese jetzt auch in der Hundesteuersatzung als Befreiungstatbestand aufgenommen werden.

Herr Persian erläutert, dass dies bisher auch schon durch die Verwaltung großzügig gehandhabt wurde.

Nachtrag zur Niederschrift: Da der Begriff „Assistenzhunde“ bisher nicht definiert war, kann eine Anzahl der Hunde nicht genannt werden. Grundsätzlich wurden Hunde, die unter diese Kriterien fallen, auch bisher bereits von der Hundesteuer befreit.

Herr Becker verweist darauf, dass eine Diskussion hierzu im Arbeitskreis Inklusion sinnvoll gewesen wäre. Er bittet darum, dass in der Satzung die Kriterien für die Ausbildung der Hunde und die Notwendigkeit für einen Assistenzhund klargestellt werden.

Herr von Polheim erläutert, dass das Kriterium „Assistenzhund“ als neuer Begriff derzeit von den Krankenkassen noch umgesetzt wird. Außerdem erinnert er an den Antrag der FDP-Fraktion für die Steuerbefreiung von Hunden aus Tierheimen.

Herr Persian unterstützt den Antrag und berichtet, dass im Anschluss an den heutigen Beschluss ein Satzungsentwurf durch die Verwaltung erarbeitet wird und in der nächsten Ratssitzung zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Beschluss:

Der Rat entscheidet über den Antrag der CDU-Fraktion, der den folgenden Wortlaut hat:

Der Rat beschließt, § 3 der Hundesteuersatzung der Schloss-Stadt Hückeswagen in der Gestalt zu erweitern, dass auch Assistenzhunde im Sinne des Abschnitt 2b des Behindertengleichstellungs-gesetzes eine Steuerbefreiung erlangen können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 13 Mitteilungen und Anfragen

Gehweg Kölner Straße

Auf Nachfrage teilt Herr Bürgermeister Persian mit, dass Herr Ullrich und Herr Junginger, die an der Kölner Straße wohnen, nicht befangen sind, da keine direkte Betroffenheit besteht.

Herr Klewinghaus erläutert, dass im Rahmen des neuen Wohnbaugebiets „Eschelsberg“ an der Kölner Straße ein Gehweg in Richtung des Wohngebiets errichtet werden soll. Als das damalige Wohnbaugebiet „Weierbachblick“ gebaut wurde, war an dieser Stelle noch kein Gehweg notwendig und konnte auch noch nicht abgesehen werden. Um den Gehweg herzurichten, mussten einige Bäume gefällt bzw. umgepflanzt werden. Auch werden in dem Bereich einige Parkplätze wegfallen. Grundsätzlich ist in dem Bereich der Kölner Straße aber auch ein Parken auf nicht ausgewiesenen Flächen möglich, solange die Durchfahrtsbreite gewahrt bleibt und Zufahrten nicht behindert werden.

Herr Junginger weist darauf hin, dass er von einigen Anwohnern angesprochen wurde, dass die unangekündigte Baumfällung sehr negativ aufgenommen wurde, da einige der Bäume von den Anwohnern gepflegt worden waren. Auch werde durch den Wegfall der Parkplätze die Parksituation in dem Bereich noch angespannter, als sie ohnehin sei. Er stellt in Frage, ob in diesem Bereich überhaupt ein Gehweg auf beiden Seiten der Straße notwendig sei.

Herr Klewinghaus teilt mit, dass in diesem Bereich der Kölner Straße Wohnhäuser angelegt werden, die über einen Gehweg vor ihrem Grundstück verfügen sollten.

Herr Ullrich unterstreicht, dass insbesondere die fehlende Information des Rates und der Anwohner zu der Missstimmung beigetragen hat. Herr Persian erkennt diese berechtigte Kritik an. Herr Ullrich beantragt für die CDU-Fraktion, dass der Gehweg bei den neuen Wohnhäusern nicht auf der Straße, sondern auf den entsprechenden Grundstücken eingerichtet wird.

Herr Kemper weist darauf hin, dass eine Beschlussfassung unter dem TOP „Mitteilungen und Anfragen“ nicht möglich ist.

Herr Persian und Herr Klewinghaus betonen, dass eine Verlegung des Gehweges auf die Grundstücke eine Änderung des Bebauungsplanes notwendig machen würde. Dies würde erhebliche Verzögerungen zur Folge haben. Auch müsste die Vermarktung der Grundstücke unverzüglich eingestellt werden, da sich die Größe der Grundstücke dann ändern würde.

Herr Wedekind weist darauf hin, dass die Durchfahrt in der Kölner Straße für LKW durch den Gehweg noch schwieriger werde. Herr Klewinghaus betont, dass die Durchfahrtsbreite überall ausreichend sei.

Herr von Polheim verweist auf die untere Kölner Straße, die noch deutlich schmaler sei und in der der Verkehr auch fließe. Außerdem soll der LKW-Verkehr aus der Kölner Straße ferngehalten werden.

Frau Thiel erkundigt sich, warum nicht alle Bäume verpflanzt wurden. Herr Klewinghaus erläutert, dass auch das Ausgraben und Umsetzen der Bäume erhebliche Kosten verursache.

Herr Persian erkundigt sich nach den Meinungen in den Fraktionen zu dem Gehweg. Die Fraktionen von B90/Grüne, SPD, FDP und AfD signalisieren ihre Zustimmung für die Gehwegpläne der Verwaltung. CDU und FaB bevorzugen eine Änderung. Da damit eine Mehrheit für die Änderung nicht zu erwarten ist, wird das Verfahren wie begonnen fortgeführt.

Herr Persian betont nochmals, dass der Ablauf der Aktion mit der mangelnden Information unglücklich war. Aus Sicht des Rates macht ein Ortstermin zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn mehr.

Sanierung Bürgerbad

Herr Klewinghaus berichtet, dass für die Sanierungsmaßnahme von der Bauaufsicht ein Brandschutzkonzept gefordert wird. Bei vergangenen Baumaßnahmen hatte die Bauaufsicht Bestandschutz akzeptiert, dies ist jetzt nicht mehr der Fall. Dies wird die Maßnahme um rund 3 – 4 Wochen verzögern.

Außerdem wechselt der Ansprechpartner in der Bauaufsicht des Kreises. Auch hierdurch können Verzögerungen nicht ausgeschlossen werden.

Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass das Brandschutzkonzept als solches nicht kritisch gesehen wird. Es verursacht aber zusätzliche Kosten.

Außengastronomie

Herr Schröder informiert, dass die Stadt auch in diesem Jahr auf die Gebühr für Außengastronomie (48,- Euro) verzichtet, um die Gastronomen nach der Corona-Pandemie zu unterstützen.

Neubau Feuerwehr

Herr Schmeißer erkundigt sich, ob die Abstimmung mit Straßen NRW beim Bauprojekt Feuerwehr erfolgt ist. Herr Klewinghaus bestätigt dies.

Neubau Löwen-Grundschule

Frau Werth fragt, ob die Probleme bei der Dachabdichtung zu Verzögerungen beim Bau geführt haben. Herr Klewinghaus führt aus, dass die Dämmung des Daches durch die Probleme verschoben werden musste. Der Generalunternehmer konnte dies aber im Gesamtprojekt auffangen. Das Projekt ist weiterhin im vorgesehenen Terminplan. Allerdings ist auch eindeutig, dass nur noch wenig Spielraum in diesem Terminplan ist. Kostensteigerungen konnten durch die Generalunternehmervergabe bisher ebenfalls vermieden werden.

Energiebericht

Herr Schulz-Andres fragt nach, ob im Umweltausschuss der Energiebericht erwartet werden kann. Herr Persian verneint dies. Die zuständige Mitarbeiterin ist mit der Unterbringung der Flüchtlinge aus der Ukraine betraut, so dass es hier zu weiteren Verzögerungen kommt.

Regionalplan

Auf Nachfrage von Herrn Sabelek wird mitgeteilt, dass die Neuaufstellung des der Regionalplans Köln ein Tagesordnungspunkt im nächsten Planungsausschuss sein wird.

Gewerbegebiet West 3

Auf Frage von Frau Wroblowski wird informiert, dass bisher nur für ein Unternehmen im neuen Gewerbegebiet eine Baugenehmigung vorliegt. Drei weitere Genehmigungen sind nach Kenntnis der HEG in Bearbeitung. Der Genehmigungsprozess ist zeitaufwändig.

Gleisdreieck

Herr Lietza erkundigt sich nach dem Sachstand beim Gewerbegebiet „Gleisdreieck“. Seit dem Bericht im Planungsausschuss Ende letzten Jahres hat sich nicht viel verändert. Derzeit werden Wertgutachten erstellt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 11.04.2022

Bürgermeister Dietmar Persian

Torsten Kemper
Schriftführer